Tennessee

Staats-Zeitung

Herausgeber: **John Ruhm.**

Samstag, den 23. November 1867.

Die Woche.

Die heute endende Woche hat in ihrem Verlaufe besonders von Eröffnungen großer legislatorischer Versammlungen zu erzählen gehabt. Die erste derselben war die des preußischen Landtages, nicht des dritten norddeutschen Reichstages, wie das Kabel meldete, bei dessen Depeschen es auf solche unbedeutende Unterschiede nicht ankommt. Der preußische Landtag hat selbstverständlich nicht mehr die Bedeutung, wie vor der Bildung des norddeutschen Bundes und könnte, wie jeder andere deutsche Landtag, füglich wegfallen, da ja doch die Hauptsachen im Reichstage entschieden werden. Es ist wohl bei der Belassung dieser Sonderlandtage etwas Coquetterie mit der verblühten Staaten-Souveränität im Spiele gewesen, die man so sanft und schmerzlos einschlafen lassen will, als nur möglich. Ohne Zweifel wird ihr bald eine glänzende Abschiedsrede vom Herrn von Bismarck gehalten werden, wobei die getreuen Residenzstädter der Kleinstaaten ihr manche heiße Thräne nachweinen werden.

Hierauf eröffnete Napoleon III. seine mit constitutionellen Freiheiten so kärglich ausgestatteten Kammern und erzählte ihnen in der Thronrede eine Menge der schönsten Geschichten aus seiner gesegneten Regierung. Seine Laune war dabei so gut, daß er ihnen sogar die erfreuliche Mittheilung machte, er habe gar nichts mehr gegen den Aufbau der deutschen Einheit einzuwenden. Im Uebrigen sprach er viel von sich und seiner Dynastie und glauben es die Franzosen jetzt nicht, was sie für einen guten Kaiser haben, so ist es vergeblich, es ihnen nochmals zu predigen. Die Sitzungen dürften etwas stürmisch werden und der kaiserliche Fürsprecher und Vertheidiger aller guten und schlechten kaiserlichen Maßregeln, Herr Rouher, wird mitunter schlimm in die Enge gerathen und nimmer auf Rosen gebettet sein. Man erwartet die heftigsten Angriffe gegen die unternommene, unglückliche italienische Intervention. Italien war das Unglück unsrer deutschen Kaiser, war es für den österreichischen Kaiser und wird es nun vielleicht auch für den französischen Kaiser sein.

Nach den französischen Kammern kam das englische Parlament an die Reihe, welches von einem Vertreter der Königin Victoria mit einer jener Thronreden eröffnet wurde, welche England eben so eigenthümlich sind, wie seine Nebel. Nichts Festes und Bestimmtes, nichts Neues und Anregendes — immer bloß aufgewärmte Kost. Auch dort wird sich aber Manches für die gesetzgeberische Thätigkeit bieten, was schwer zu lösen sein dürfte. Hungertumulte, Arbeits-Einstellungen, Fenier überall und nirgends, gesunkenes Ansehen im Auslande und verrottete Zustände im Inlande, die Colonien alle Tage schwieriger und daher die Absatzmärkte alle Tage geringer und unsicherer — fürwahr, das stolze Albion, die Königin der Meere, deren Flaggenstöcke auf der ganzen Erde umhergesteckt sind, geht einer sphynxartig geheimnißvollen Zukunft entgegen.

Endlich hielt vorgestern der Congreß der Ver. Staaten seine erste Sitzung und ging, ohne mit einer Thronrede eröffnet worden zu sein, sogleich an die Geschäfte. Es zeigte sich eine außerordentliche Lebhaftigkeit in den Verhandlungen des ersten Tages und allem Anscheine nach, können wir einer höchst energischen, interessanten und folgenreichen Thätigkeit der nationalen Gesetzgebung entgegen sehen. Von unseren Tennessee-Repräsentanten wurde die Wahl von Butler dem Wahl-Comite zur Prüfung übergeben, die der Uebrigen wurde als rechtsgültig anerkannt. Auch unseren amerikanischen Legislatoren liegt wie denen Europa's, Wichtiges zur Berathung vor; nichts Geringeres, als die Wiedergeburt und Neugestaltung des Landes ist es, was ihre Aufgabe bildet. Möge das Ziel erreicht und das Streben der Patrioten mit Erfolg gekrönt werden, dann blüht den Ver. Staaten sicherlich die schönste Zukunft.

Die Legislatur unseres Staates ist noch mit Vorarbeiten beschäftigt. Beschlüsse über wichtige Vorlagen konnten bis jetzt noch nicht gefaßt werden. Deutlich aber spricht sich die Bereitwilligkeit der Gesetzgeber von Tennessee aus, die Einwanderung von Deutschen und Schweizern auf alle mögliche Weise zu fördern und sie würden das auf eine noch weit wirksamere Weise thun, wenn es die finanzielle Situation erlaubte.

In Nashville verlief die letzte Woche äußerst ruhig, die Geschäfte schienen so leidlich zu gehen, die Bewohner erfreuten sich der herrlichen Herbstsonne, die Metropolitaner zeigten den Leuten ihre neue Uniform, und die Dampfbootmänner warteten noch immer auf Regen.

Nachdem wir nun in unseren Wochenberichte glücklich von Berlin über Paris, London und Washington in Nashville angekommen sind, verschieben wir alles Weitere bis auf heute über acht Tage.

Die Arbeit.

Bei den Anstrengungen der südlichen Republikaner, die Südstaaten wieder in Reihe und Glied zu bringen, ist es interessant, auf den Unterschied hinzuweisen welcher im Ertrag der Arbeit, auf die Kopfzahl vertheilt, zwischen den verschiedenen Staaten der Union besteht. Dies ist um so wichtiger, als die Männer, welche es im Süden aufrichtig mit der Reconstruction meinen, es längst aufgegeben haben, zu den geschlagenen Helden der Confederacy zu sprechen und es weit vorziehen, sich an die neu hervorgetretenen Elemente der dortigen Gesellschaften zu wenden, um mit ihrer Hülfe das große Ziel zu erreichen, an die Arbeiter des Südens, farbige wie weiße.

Den armen Weißen erscheint es fast unglaublich, daß im Norden arme Männer zu Gouverneurs und anderen hohen Aemtern erwählt werden, die ebenfalls den Pflug geführt und die Axt geschwungen haben und deshalb doch hoch geehrt sind. Daß diesen Leuten so etwas unglaublich vorkommt, beweist es deutlich, daß im Süden eine neue gesellschaftliche Ordnung geschaffen werden muß, — die Arbeit muß dort zu Ehren kommen!

Folgende Tabelle aus dem Jahre '56, wo also die Sklaverei in höchster Blüthe stand, zeigt, wie hoch in den verschiedenen Staaten der Ertrag der Arbeit für jedes im Staate lebende menschliche Wesen war, oder mit anderen Worten was für jedes menschliche Wesen in demselben durchschnittlich verdient wurde.

Massachusetts	$160 60
Rhode Island	164 61
Connecticut	156 05
California	149 66
New Jersey	120 82
New Hampshire	117 17
New York	112 00
Pennsylvania	90 30
Vermont	96 62
Illinois	86 94
Missouri	88 06
Maryland	83 85
Ohio	75 83
Michigan	72 54
Kentucky	71 82
Maine	71 11
Indiana	99 12
Wisconsin	68 41
Mississippi	63 50
Iowa	65 43
Louisiana	65 30
Tennessee	63 10
Georgia	61 45
South Carolina	56 91
Virginia	56 42
Alabama	55 72
Florida	54 77
Arkansas	52 04
Distrikt Columbia	52 00
Texas	51 13
North Carolina	49 38
Delaware	38 25

Eine solche Zusammenstellung spricht mehr, als es ganze Bücher thun können. In demselben Verhältniß, als in einem Staate der Republikanismus blühte, wuchsen auch die Arbeitserträge.

Canada.

Unser Nachbarland Canada ist jetzt des Colonialherrschaft Englands so herzlich überdrüssig, daß es den Zeitpunkt, wo es sich mit den Ver. Staaten verbinden kann, mit Sehnsucht entgegensieht. Man hat in England fortwährend mit der außerordentlichen Loyalität Canadas geprahlt und dieselbe als glänzenden Beweis für die Vortrefflichkeit britischer Colonial-Verwaltung gepriesen und dennoch verlangen die Bewohner, von derselben vortrefflichen Verwaltung befreit zu werden, und haben an die Königin von England eine Petition abgesandt, in welcher es heißt:

„Wir unterbreiten unterthänigst der Betrachtung Ihrer Königlichen Majestät die einzige Maßregel, welche Wohlstand in unsere Häuser zurückbringen kann, nämlich: daß Ihrer Majestät Regierung uns unverzüglich der schweren Abgaben für das Heer von Beamten entheben und eine Dampfer-Linie nach Canada errichten will, damit Emigranten von England uns erreichen können, und ferner daß Ihre Majestät die Schulden der Colonie übernehme, oder uns gestatte, ein Theil der Vereinigten Staaten zu werden."

Nach einer weiteren Aufzählung der Uebel, unter welchen die Colonie zu leiden hat, wird schließlich bemerkt:

„Unser Handel und alle unsere Geschäfte verknüpfen uns so innig mit der benachbarten amerikanischen Bevölkerung, daß wir keine andere praktische Hülfe für unsere gegenwärtigen Schwierigkeiten sehen, als eine Verbindung mit denselben, es sei denn, daß Ihrer Majestät Regierung uns hilft, wie oben bemerkt."

Das ist deutlich genug gesprochen und wir vermuthen, daß England ihre Colonie lieber gehen lassen wird, daß die Mutter sich von der völlig erwachsenen Tochter lieber trennen wird, als von dem Gelde, welches dieselbe zu ihrem größeren Comfort begehrt.

Freie Handels- und Freundschaftsverträge zwischen den verschiedenen Ländern sind natürlicher und weit vortheilhafter, als das veraltete Colonial-System, was nur so lange einen Sinn hatte, als es den Pionieren der Civilisation, den Ansiedlern in von wilden Volksstämmen bewohnten Ländern Schutz zu gewähren, und sie vom Mutterlande aus mit den Nothwendigkeiten des civilisirten Lebens zu versehen hatte. Sobald dieses Verhältniß aber zu Ende ist, sollte auch das Abhängigkeits-Verhältniß der Colonie vom Mutterlande gleichzeitig mit aufhören.

Herr Seward wird jedenfalls ein Freudenfest feiern, wenn Onkel Sam seine Domäne auf eine so ansehnliche Weise vergrößert.

„Telegraphisches."

— In seiner Nummer vom 16. d. M. hat sich der „Telegraph" in Indianapolis auf eine Weise über unsere die Ausweisung einiger Turner aus dem Cincinnati Turnverein betreffende Ansicht ausgesprochen, wie sie sich für gebildete, mit guter Lebensart bekannte Redeteure schlechterdings nicht schickt. Wenn die Herren glauben, daß sie vom hohen Pferde herab zu andren Blättern reden können, so irren sie ganz erbärmlich, denn sie haben das Zeug dazu noch nicht, was sie berechtigte, auf solche hochtönende Weise zu sprechen.

Wenn man andrer Leute Logik nicht versteht aber nicht verstehen will, so folgt daraus noch keineswegs, daß dieselbe „durchlöchert" ist und „Kopfzerbrechen" hat uns die ganze Sache weniger verursacht, als dem Telegraphen. Unsre Logik ist einfach die, daß Niemand ein Recht hat, irgend einen Zwang gegen seinen Mitbürger auszuüben, und da der Turnverein kein politischer Club ist, so müssen Mitglieder verschiedener politischer Parteien an demselben Theil nehmen können. Wird dies nicht geduldet, so ist es eben schlimm genug.

Uebertreibungen, wie die, daß dann auch Mucker, Negerhetzer u. s. w. in dem Verein aufgenommen werden müßten, wenn unsre Ansicht angenommen würde, beweisen nichts weiter, als den Wunsch des Verfassers des Telegraphen-Artikels, die Sache auf die Spitze zu treiben. Zwischen einem Mucker und einem freisinnigen Manne, der aber das Negerstimmrecht vielleicht aus Rücksichten der Zweckmäßigkeit nicht billigt und daher nicht dafür stimmt, liegt noch eine weite Kluft. Ob das der „Telegraph" für „Unsinn" erklärt, ist uns gleichgültig, jedenfalls irrt derselbe aber, wenn er glaubt, seiner lahmen Argumentation durch dergleichen Kraftausdrücke auf die Beine helfen zu können.

Das einzig Richtige, was wir in dem beregten Aufsatz des Telegraphen gefunden haben, ist das Gleichniß mit der katholischen Kirche. „Man kann es ihr nicht übel nehmen," sagt der radikal-republikanische „Telegraph" von Indianapolis, Indiana, Ver. Staaten von Amerika, daß sie keine „Ketzer" in ihrem Schooße duldet." Bravo! Das heißt den Nagel auf den Kopf getroffen! Ketzer ist bekanntlich ein Jeder, der es sich herausnimmt, sich eine andere Ansicht von der Weltordnung zu bilden, als wie es die alleinseligmachende Kirche vorschreibt. Wir vermeiden in unserm Aufsatz das Wort Ketzergericht, weil es einen zu gehässigen Klang hat, obwohl es uns vorschwebte, da aber der „Telegraph" das Gleichniß selbst aufstellt, so acceptiren wir es bestens und bemerken dazu, daß wir eben gegen alle Ketzergerichte eifern und sprechen werden, so lange der Athem noch ein- und ausgeht, dieselben mögen in katholischen Kirchen oder in Turnvereinen abgehalten werden. Wir wollen keine Dogmen vorgeschrieben haben, sondern selbst urtheilen und wenn gegen eine Platform gesündigt wird, auf welcher Ketzergerichte gehalten werden und dieselbe bricht durch die Last der Sünden ein, so ist es wahrlich nicht schade darum. Solche Platformen nemlich, Herr Telegraph, sind aus „durchlöcherter Logik" gezimmert!

Wenn auch Vereine, die dem amerikanischen Turnerbund angehören, sich auf die gemeinschaftliche Platform zu stellen haben, so muß es dem einzelnen Mitglied doch überlassen bleiben, zu entscheiden, wie weit seine politischen Ansichten es ihm gestatten, mit einem Vereine zu gehen, der auf der Bundes-Platform steht. Extreme Maßregeln eines Vereines gegen Mitglieder, welche sich nicht zu dem Standpunkte erheben haben, um allen Menschen gleiche Rechte einzuräumen, werden stets nur dazu dienen, sie in ihrer vorgefaßten Meinung zu bestärken, während eine belehrende und reformatorische Einwirkung des Vereins jedenfalls bessere praktische Resultate erzielen würde.

Wir haben zur Genüge dargethan, daß wir radikal in unsrer politischen Meinung sind, wir haben die Passirung des Negerstimmrechtes durch unsre Tennessee Legislatur auf das Lebhafteste unterstützt und die Einführung desselben freudig begrüßt, aber wir sind auch zugleich so radikal, um Niemand zu verketzern, welcher diese Ansicht der Sache nicht mit uns theilt und einem Jeden das Recht zu gönnen, seine Meinung überall zu vertheidigen; wir benühen uns, im Gegensatz zum „Cincinnati Turnverein" und dem „Indianapolis „Telegraph" die Person von dem Prinzip zu trennen, der Person Freund zu sein, während wir der Sache Feinde sind.

Nach Allem, was uns bis jetzt bekannt worden ist, stimmt das, was wir bis jetzt über diese Angelegenheit geäußert haben, mit den von dem Vorort des Lookout Mountain Turn-Bezirks gehegten Ansichten überein.

Unsre Behauptung, daß kein Verein der Welt berechtigt ist, uns in unseren constitutionellen Bürgerrechten zu beschränken oder zu bevormunden, steht nach wie vor fest, eben so, daß der Cincinnati Turnverein eine solche Beschränkung und Bevormundung ausgeübt hat und die Lesung der Erwiderung im „Telegraph" hat diese Ueberzeugung durchaus nicht im Geringsten zu erschüttern vermocht.

Die deutsche Einheitsfrage.

So lange als unser altes Vaterland ein erst werdendes Deutschland ist und seine vollständige Einigung noch nicht bewerkstelligt hat, kann es nicht fehlen, daß eine Menge berufener und unberufener Spekulationen über seine künftige Gestaltung der Welt zum Besten gegeben werden. Es waren drei Wege, auf welchen die so sehnsüchtig herbeigewünschte Einheit erreicht werden konnte, durch Erklärung zur Republik, durch Etablirung eines östreichisch-deutschen Kaiserthums oder durch Vereinigung der deutschen Staaten unter „preußischer Spitze."

Dieser letzte Ausdruck ist schon im Jahre 1848 aufgetaucht und wohl selten hat sich Jemand etwas eigenthümlich Bedeutungsvolles unter demselben gedacht. Gleichwohl beruhte er auf dem Bedenken mehrerer bedeutender Staatsmänner jener Zeit, ob der König von Preußen, als protestantischer Fürst die Kaiserwürde annehmen könne, weshalb die Bewegung „preußische Spitze" dafür substituirt wurde. Bis jetzt hat allerdings noch kein protestantisches Haupt eine Kaiserkrone getragen, aber warum ein solches weniger Rechte auf sie haben soll, als ein katholisches, wenn überhaupt irgend einem Haupte das Recht einer Krone zuerkannt wird, können wir durchaus nicht einsehen.

Manche Leute, welche glauben, daß sich die Weltgeschichte abspinnen muß, wie ein Faden auf der Spindel und die vor jedem Wetterleuchten erschrecken, als schlüge der Blitz neben ihnen ein, lieben es überaus, sich überall auf die Geschichte zu berufen und aus ihr das bestehende ungebeichtete historische Recht herzuleiten. Sie gehen bei der Kaiserfrage auf die Krönung Karls des Großen zum römisch-deutschen Kaiser im Jahre 800 durch Papst Leo III. zurück, welcher bekanntlich am Weihnachtstage den in der Kirche betenden Kaiser damit „überraschte," indem er ihm plötzlich die Kaiserliche Krone aufsetzte und ihn als Carolus pius Augustus vor dem staunenden Volke proklamirte.

Später, als sich die weltliche Macht der Päpste, zu ihrem gegenwärtig wahrnehmbaren Nachtheile, immer mehr ausbreitete, sank freilich die deutsche Kaiserwürde fast zu einem päpstlichen Lehen herab und noch treibt es dem patriotischen Deutschen die Schamröthe in das Gesicht, wenn er an die Schmach zurück denkt, mit welcher Heinrich IV., ein deutscher Kaiser aus dem sächsischen Stamm, sich vor dem Papst Hildebrand in Canossa demüthigen mußte. Dieser Zauber aber, welchen die päpstliche Macht zu jener Zeit ausgeübt — ist verschwunden und diese altvaterischen Bedenken konnten vielleicht einen romantischen Schwärmer, wie Friedrich Wilhelm IV. abhalten, nach der kaiserlichen Krone zu greifen aber heut zu Tage ist man in Berlin etwas praktischer und nimmt es mit Legitimitätsbedenken nicht mehr so genau, wie das vorige Jahr gezeigt hat. Die „preußische Spitze" dürfte sich daher in nicht langer Zeit in eine deutsche Krone verwandeln und wenn der Papst den deutschen protestantischen Kaiser nicht krönen will, so findet sich jemand Andres.

Wahrscheinlich kommen die Stimmen, welche sich jetzt gegen die Erhebung des Königs von Preußen zum Kaiser erheben, aus Oestreich und Baiern, vielleicht rühren sie mit von Julius Froebel her, welcher überall, wenn er auf die Landkarte sieht, überzeugt ist, daß grade da, wo er sich eben befindet, ein großes Reich liegen müßte. Das war er in Wien überzeugt und ist es jetzt in München.

Da aber die preußische Politik in Deutschland durchaus nicht mit Julius Froebel's bairisch-östreichisch-particularistischen Tendenzen übereinstimmt, so versäumt derselbe keine Gelegenheit, in seinem Pessimismus alles herbeizurufen, was dem Einigungswerke unter preußischer Führung Schaden bringen kann und es sind die Leute seines Schlages, welche jetzt religiöse Bedenklichkeiten aufwärmen.

Glücklicher Weise finden dergleichen Strupel keinen Boden mehr in Deutschland und bei der endlichen Entscheidung werden die Soldatenröcke jedenfalls eine wichtigere Rolle spielen, als die Priesterröcke.

Zur Todesstrafe.

Vor einiger Zeit schon nahmen wir Gelegenheit, uns auf das Ernstlichste gegen den Schandfleck unseres Zeitalters, die Todesstrafe, auszusprechen. Jetzt leitet uns ein Artikel der N. A. Staatszeitung auf dieses unglückliche Thema zurück. In Elizabethtown, N. J., ist ein Neger, Namens Quiller wegen Ermordung eines anderen Negers aufgehängt worden, nach dem Grundsatz, daß es jedenfalls besser ist, wenn zwei Menschen statt einem getödtet werden. Die sogenannte Hinrichtung wird im genannten Blatte ausführlich beschrieben. Aus der Mittheilung erhellt, daß der Unglückliche volle 15 Minuten an dem Strick baumelte und zuckte, ehe der Tod Erbarmen mit ihm hatte, was seine Mitmenschen nicht hatten und der Bericht enthält ferner die Bemerkung über diesen Umstand, daß der Schreiber desselben die Hinrichtung eines Mörders zwar völlig billige, daß aber zur Ehre unserer Zeit eine solche Marter nicht vorkommen dürfe; wenn die dortigen Beamten es nicht verständen, einen Mann lege artis vom Leben zum Tode zu befördern, so hätte man sich leicht in New-York Rath holen können.

Fürwahr, eine humanitätsschwangere Idee! Wäre es nicht noch zweckmäßiger, wenn Solche, die Lust zu dem Handwerk haben und inneren Beruf dazu fühlen, förmlich als Henker in die Lehre gingen? Oder sollen wir gar im neunzehnten Jahrhundert noch eine vom Staat ausgestattete Henker-Akademie begründen, in welcher die Schüler unterrichtet werden, einen ihrer Mitmenschen regelrecht aufzuhängen, damit Alles bei dem scheußlichen Proceß recht glatt und wohlgefällig abgeht?

Diese umständlichen, auf Sensation berechneten Hinrichtungsartikel in den Zeitungen sind schlechterdings demoralisirend und sollten sich alle Blätter damit begnügen, das traurige Faktum in kurzen Worten mitzutheilen. Schlimm genug, daß Zeitungen heut zu Tage noch gezwungen sind, solche unsere Zeit entehrende Thatsachen überhaupt zu melden, schlimmer aber noch, sie zu benutzen, um einen Mörder in so prominenter Weise vor das Publikum zu stellen. Der Eindruck auf die Gemüther, welche abgeschreckt werden sollen, ist gerade der entgegengesetzte von dem, welcher etwa bezweckt wurde.

Die Aufgabe der Republikaner.

Für die bevorstehende Congreß-Sitzung ist bekanntlich die Reconstruction der Südstaaten die vornehmste Aufgabe und aus dem Resultat der letzten Staatswahlen ist es deutlich wahrzunehmen, daß der Hauptgedanke, welcher den republikanischen Congreß bei Aufstellung seines Systems eines Wiederaufbaues der Union leitete, von dem Volke entweder mißbilligt, oder was noch mehr anzunehmen sein dürfte mißverstanden wurde.

Dieser Hauptgedanke besteht in der Maxime, daß keine Unterdrückung, keine Beraubung der bürgerlichen Rechte und Freiheiten stattfinden darf, es sei denn, daß Verbrechen dieselben veranlaßt haben. So lange als ein Staat ein einziges Individuum ungerecht behandeln darf, ist jeder Bürger gleicher Gefahr ausgesetzt, aber noch schärfer tritt diese Gefahr hervor, wenn es nicht blos die Regierung ist, welche sich zu solcher Beeinträchtigung der Freiheiten einer Classe herbeiläßt, sondern wenn die öffentliche Meinung aus irgend einem Grunde ebenfalls eine solche Aechtung vornimmt.

Wir haben ein schlagendes Beispiel in der Verwerfung des Negerstimmrechtes durch die Wahlen in den nördlichen Staaten erhalten, daß das Volk noch durchaus nicht im Stande ist, das alte Vorurtheil abzuwerfen, nemlich einen Menschen wegen seiner Hautfarbe als zu einer niedrigeren Classe lebender Geschöpfe gehörend zu betrachten. Es ist hier nicht etwa die Rede von einer Zweckmäßigkeitsfrage, nemlich ob Neger jetzt bereits wahlberechtigt sein oder erst mehr Erziehung empfangen sollen, ehe sie die höchsten Rechte eines Bürgers ausüben dürfen; man mache sich darüber keine Illusionen! Dem Schwarzen ist im Norden das Stimmrecht blos deswegen beweigert worden, weil er schwarz ist.

Welche Consequenz in dieser nördlichen Abstimmung liegt, ist unschwer zu errathen. Sie berechtigt den Südländer gewissermaßen zu seinem Widerstande gegen die Verleihung des Stimmrechtes an die südlichen Neger und zu seinem Haß gegen die Reconstructionsmaßregeln des Congresses, denn er dürfte Recht haben, wenn er sagt, was dem Einen recht, ist dem Anderen billig. Noch greller tritt aber das Resultat dieser Abstimmung hervor, wenn wir uns der vorjährigen Herbstwahlen erinnern, wo der Ertheilung der bürgerlichen Rechte an die Neger ein so glänzender Beifall durch das Volk gezollt wurde. Wie aber Republikaner sich über eine solche gerechte Maßregel freuen und gleich hinterher das kostbarste aller Bürgerrechte denselben Individuen vorenthalten können, ist schwer zu erklären und beweist jedenfalls eine sehr schwankende Beurtheilung dessen, was man gewöhnlich bürgerliche Rechte nennt.

Einer der ersten Vorschläge, welche dem Congreß gemacht werden, wird der von Thad. Stevens sein, ein Gesetz zu erlassen, welches allen Bürgern der Union, also ohne Rücksicht auf Farbe und Race, das Recht ertheilt, für Beamte der Nationalregierung und Mitglieder des Congresses zu wählen. Werden sich einzelne Staaten diesem Gesetze zu widersetzen wagen? Wir glauben es nicht nach der schweren Erfahrung, welche das Land gemacht hat in Folge der Weigerung einzelner Staaten, sich dem Votum der Gesammtheit zu fügen. Der Congreß aber kann, ohne ungerecht zu sein, den Farbigen des Nordens das Wahlrecht nicht vorenthalten, wenn er darauf besteht, daß es die südlichen, kaum aus der Sklaverei herausgetretenen Neger ausüben sollen. Somit wird das alte Vorurtheil dem Machtspruche der Nation weichen müssen und in nicht zu ferner Zeit wird ein Jeder, welcher jetzt gegen die Ertheilung des Wahlrechtes an Farbige gestimmt hat, einsehen, daß eine Republik nicht als solche bestehen kann ohne unparteiische Gerechtigkeit gegen alle ihre Bewohner und Bürger.

Kanzelpolitik.

Aus Massachusetts wird berichtet, daß die Geistlichen sich im ganzen Staate bedeutend an den Wahlen betheiligt haben und daß an dem denselben vorhergehenden Sonntag über tausend „politische Predigten" gehalten worden sind. Politische Predigten! Wie sehr sich die Leute an Worte klammern! Eine Rede in einer Kirche darf bei Leibe keine Rede genannt werden, sie ist eine Predigt. Man hat früher den strengen Unterschied zwischen Predigt und Rede aufgestellt und derselbe war auch nicht unbegründet. Man gab der Rede die weltlichen und der Predigt die geistlichen Angelegenheiten zur Aufgabe und da in alten Zeiten politische Bewegung überhaupt etwas weit weniger Bekanntes war, so hielt sich die Kanzel von den Staatsgeschäften und ihrer Beurtheilung fern.

Heut zu Tage aber, wo man die Politik von einem höheren Standpunkt aus betrachtet und von ihr fordert, daß sie sich den Gesetzen der Moralität und Humanität unterwerfe und nach ihnen handele, heut zu Tage, sagen wir, ist eine Theilnahme der Kanzel an den politischen Fragen nicht unpassend zu nennen, vorausgesetzt, daß es die Behandlung von solchen Fragen gilt, welche für den Ort passen. Das Unrecht und die Uebel der Sklaverei zu beleuchten, in Stunden der Gefahr für das Land der Gemeinde Muth einzusprechen und ihre Mitglieder aufzufordern, dem bedrängten Staate zu Hülfe zu eilen, bei wichtigen, nationalen Ereignissen auf die sittlichen Vor- und Nachtheile eines solchen hinzuweisen, sind ohne Zweifel ganz passende Gegenstände für die Besprechung auf der Kanzel und wir begreifen nicht, warum grade in Massachusetts den Geistlichen ein Vorwurf aus solchen Besprechungen gemacht wird. Daß sich nicht alle politische Themata zu Kanzelvorträgen eignen, bedarf keiner Erwähnung, denn es würde allerdings komisch genug klingen, wenn in einer Predigt über den Tarif, oder Wiedereinführung der Baarzahlung, Fluß-Regulationen und dergleichen verhandelt würde, allein wo es sich um bedeutende, auf dem Sittlichkeitsgesetz beruhende Grundsätze handelt, da ist eine Besprechung auf der Kanzel eben so passend, wie an jedem andern Ort.

In dem amerikanischen Unabhängigkeitskriege boten die Kanzeln eine vortreffliche Hülfe und hielten den Muth der Colonisten in ihrer Bedrängniß nach Kräften aufrecht und eben so waren unsre preußischen und norddeutschen Geistlichen zur Zeit der Befreiungskriege außerordentlich thätig, um das Volk zur Erhebung gegen die Fremdherrschaft zu bewegen. Wo immer also etwas Gutes zu vollführen ist, da ist eine Ermunterung an dieser Stätte ganz am Platze. Etwas Anderes aber ist ein solches politisches Predigen, welches lediglich darauf bedacht ist, dem Parteigefühl der betreffenden Gemeinde zu schmeicheln, wie man es ebenfalls oft genug findet.

Zur Zeit der Sklaverei haben südliche Prediger sonnenklar zu beweisen versucht, daß dieselbe von Niemand anderem herrühren könne, als von Gott selbst und in einer Mischung der abentheuerlichsten Hypothesen über die zahlhaften Figuren von Sem, Ham und Japhet erkannten sie den historischen Nachweis von der Gültigkeit des „göttlichen Institutes de jure et de facto. Dabei fehlte es ihnen keineswegs an Citaten aus der Bibel alten und neuen Testamentes, die sie so auszulegen wußten, daß der Zuhörer bei seiner schwachen Seite gefaßt und ihm in honigsüßen Worten bewiesen wurde, daß sein himmelschreiendes Unrecht gegen seine Mitmenschen nichts Andres, als sein klares, gutes Recht sei.

In ähnlicher Weise wird dem Lieblingsgedanken einer Gemeinschaft von geistlichen und weltlichen Rednern nur zu oft geschmeichelt. Erstere, die vor Allen zur Verkündigung der Wahrheit verpflichtet sind, machen sich auf solche Weise eines groben Vergehens gegen ihre Pflicht schuldig. Dem Volke Schmeicheleien zu sagen, ist eben so niedrig, als einem Fürsten mit schmeichelnden Reden vor den Füßen herumzukriechen und leider wird hier zu Lande das souveräne Volk von seinen Augendienern und Speichellecken eben so überlaufen, wie jemals ein Souverän der alten Welt.

Zum Verständniß des Bankerott-Gesetzes.

Wenn der Gemeinschuldner sich eine im Sinne des Bankerott-Gesetzes betrügliche Handlung nicht hat zu schulden kommen zu lassen, so kann derselbe bekanntlich auf seinen Antrag und nach Anhörung der Gläubiger „discharged", d. h. durch ein Dekret des Gerichts von allen seinen Schulden (mit wenigen unbedeutenden, seltenenden vorlieg Ausnahmen) entlastet oder befreit werden. Für die erste Zeit der Wirksamkeit des Bankerottgesetzes ist dieses Schulden Entlastungs-Privilegium des Schuldners ein absolutes, indem dasselbe nicht davon bedingt ist, ob die Gläubiger aus der Masse oder in welchem Betrage sie befriedigt werden. Der Richter ertheilt die Decharge, auch wenn der Schuldner nicht im Stande, auch nur einen Cent zu bezahlen, wenn nur eben sonst den Vorschriften des Gesetzes vom Schuldner Genüge geleistet worden ist.

Dagegen bestimmt nun §. 33 der Bankerott Akte: „In allen Bankerott-Verhandlungen, welche Ein Jahr nach dem Zeitpunkte, wenn dieses Gesetz in Kraft getreten, angefangen werden sollten, soll einem Schuldner, dessen Aktiva nicht mindestens 50 Prozent der gegen die Masse geltend gemachten Forderungen betragen, Schulden-Entlastung nicht ertheilt werden, wenn nicht die schriftliche Einwilligung der nach Personenanzahl und Forderungsbetrag zu berechnende Majorität seiner Gläubiger, welche ihre Forderungen zur Masse angemeldet und im Verfahren bewiesen haben, spätestens bei Einreichung des Antrages auf Decharge Ertheilung beigebracht hat."

Die wichtige Bestimmung des Bankerott-Gesetzes tritt demnach mit dem 2. März 1867, das ist Ein Jahr nach Erlaß der Akte, in Kraft, obwohl es möglich ist, daß nach der Absicht des des Gesetzes das fragliche kritische Jahr erst mit dem 1. Juni 1868 ablänft, indem nämlich §. 50 des Gesetzes über den Anfang seiner Wirksamkeit wörtlich wie folgt bestimmt: „Und es sei ferner verordnet, daß die Wirksamkeit dieses Gesetzes, betreffs der Einsetzung der von demselben verlangten Beamten (sofort (d. h. mit dem 2. März 1867) und die der Regulationen und allgemeinen Verfügung mit dem Datum ihrer Bestätigung, beginnen soll. Vor dem ersten Juni 1867 soll jedoch kein Antrag auf Bankerott-Eröffnung nach irgend ein anderes Verfahren in Gemäßheit dieses Gesetzes amtlich angenommen oder zugelassen werden."

(Eingesandt.)

Sollen Schulen für Weiße und Neger vereinigt werden oder nicht?

Von Dr. Knapp.

Der von mehreren Fachmännern gemachte Vorschlag, die weißen und schwarzen Schulen zu vereinigen, hat unter dem Publikum so viele Aufregung veranlaßt, daß ein Austausch der Ideen hierüber nicht überflüssig sein dürfte.

Es ist keinem Zweifel unterworfen, daß die philantropische Idee, daß Menschen mit Menschen in Frieden und Freundschaft leben möchten, der Hauptgrund zu dieser Idee gaben und in so ferne haben wir auch theoretisch genommen nichts dagegen einzuwenden, aber wie sieht es in der Praxis aus? wie lange Zeit nimmt es oft, ein einzelnes Vorurtheil eines einzelnen Menschen zu überwinden, und wie viel mehr Zeit und Mühe wird es nehmen, das Vorurtheil einer ganzen Nation zu überwinden.

Wie neu ist noch Alles, wie viel bleibt zu der Erziehung der armen und systematisch vernachlässigten und unterdrückten schwarzen Race noch zu thun übrig bis sie sich in eine Reihe mit der weißen stellen kann, und doch fordert man, daß man sie nicht nur den allgemeinen Menschenrechten nach, sondern auch in geselliger Beziehung als ebenbürtig betrachten soll.

Jeder Mensch hat doch ein unbedingtes Recht für seine Kinder jene Gesellschaft auszuwählen die er für ihre Erziehung und künftige Stellung am tauglichsten erkennt und soll er nun auf diktatorische Art genöthigt werden, entweder seine Kinder dorthin zu senden, wohin Kinder kommen, deren Eltern nie im Stande waren ihnen auch nur die ersten Rudimente einer anständigen Erziehung zu geben und die ihnen ganz natürlich nicht gleich bei ihrem Eintritte in die Schule sondern erst in Jahren beigebracht werden kann, oder als vollberechtigter Schulzahler die ungleich besseren öffentlichen Schulen mit unsrablen und sehr kostspieligen Privatanstalten zu vertauschen? Ja, werde Einige sagen, geschieht ihm ganz Recht, warum hat er ein solches Vorurtheil, aber wir sagen, wenn es nun wirklich nur Vorurtheil wäre und es ihm wirklich ganz recht geschähe, so geschieht doch den Kindern und der Heranbildung der künftigen Generation großes Unrecht, welches gewiß leicht und auf eine viel weisere und anständigere Weise dadurch vermieden werden kann, daß man die Schulen so lange noch trennt, bis sich der schwarze Mann durch Erziehung gehoben, ebenbürtig neben den Weißen stellen und die Achtung durch geistige Kraft erzwingen kann die ihm jetzt Vorurtheil und Neuheit der Verhältnisse versagen. Erzieht den Schwarzen so schnell und so gut als möglich, scheuet keine Kosten aber erzeugt keine neuen Schwierigkeiten der gegenseitigen Annäherung durch Zwang und frühreife Philantropie. Est modus in rebus, sunt certae denique fines, wer dieses nicht glaubt, der werfe einen unparteiischen prüfenden Blick auf die Wahlen im Norden und auf den Einfluß der Negerfrage auf dieselben und er wird gestehen müssen, daß es für die Fortschrittspartei tausend mal besser gewesen wäre, eine Sache die so wenig Ruhen und so vielen Schaden bringen konnte, unberührt zu lassen.

Eben so, und genau eben so wird es Euch hier mit der Schulfrage gehen. Kämpfet nicht offen und geradezu gegen das Vorurtheil, denn es ist zu stark, nur die muthige und schnelle Reiterei der Wissenschaften kann es ausstanden und zum Rückzuge zwingen.

Turnerisches.

(Officiell.)

Chattanooga, Tenn., 20. Nov. 1867.

Das Bezirks-Organ „Tennessee-Staats-Zeitung" wird im Auftrag des Vororts ersucht, das folgende Protokoll, sowie die eingeschlossenen Briefe zu veröffentlichen:

Extra-Sitzung des Vororts des Lookout-Mountain Turn-Bezirks.

Dienstag, 19. Nov. 1867.

Anwesend: A. Bohr, E. Rauschenberg, F. H. Schneider und A. Lauter.

Abwesend: Ph. Eichh